

Bangen an der Oder: Ängste und Hoffnungen spiegeln sich

Schwarz, Anna; Jacobs, Jörg

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schwarz, A., & Jacobs, J. (2004). Bangen an der Oder: Ängste und Hoffnungen spiegeln sich. *Osteuropa*, 54(5-6), 262-275. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-33433>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Anna Schwarz, Jörg Jacobs

Bangen an der Oder

Ängste und Hoffnungen spiegeln sich

Vor Polens EU-Beitritt hegten die Menschen in der deutsch-polnischen Grenzregion neben politischen Hoffnungen auch spezifische Befürchtungen in bezug auf die künftige ökonomische Entwicklung. Umfragen in beiden Grenzregionen zeigen, daß Hoffnungen auf Wohlfahrtsgewinne und bessere Arbeitsmarktchancen auf westpolnischer Seite Sorgen der Ostbrandenburger über neue Konkurrenzbedingungen auf dem Arbeitsmarkt gegenüberstehen. Das Potential polnischer Arbeitsmigration nach Brandenburg sollte nicht überschätzt werden.

An der Oder spiegeln sich die Erwartungen im erweiterten Europa. Da die deutsche und die polnische Grenzregion strukturschwache Regionen sind, wird durch die EU-Osterweiterung nicht automatisch eine Situation entstehen, von der beide Seiten profitieren. Gerade auf Brandenburger Seite bedarf es nicht nur der Fortführung der EU-Strukturförderung, auch die Bürger müssen ihre Verhaltensweisen ändern.

Die europäische Einigung war, ist und bleibt ein schwieriges, aber historisch zeitgemäßes Unterfangen. Es ist kaum zu bestreiten, daß die Erweiterung einen größeren Markt schafft, welcher der Globalisierung standhält, die sicherheitspolitische Stabilität erhöhen kann und der Transformation zur Demokratie in Ostmitteleuropa Dauerhaftigkeit verleihen hilft.

Die Erweiterung der EU war – sieht man von der Phase unmittelbar vor dem 1. Mai ab – in der deutschen Öffentlichkeit jedoch vergleichsweise selten ein Thema. Nur wenn die Berichte der Europäischen Kommission über Fortschritte und Defizite der Beitrittskandidaten veröffentlicht wurden, rauschte kurz der Blätterwald. Im Gegensatz zur Nord- und Süderweiterung der EU wird der gegenwärtigen Erweiterung in der Öffentlichkeit offenbar weniger Wohlwollen und Interesse entgegengebracht¹ – und das in einem Moment, da die „Alte Welt im Begriff ist, sich neu zu erschaffen“.² Tatsächlich nahm im Jahr 2003 die Zustimmung in der deutschen Bevölkerung zur EU-Erweiterung um 12 Prozent auf 47 Prozent ab; die deutsche Skepsis wird unter den alten Mitgliedern der EU nur noch von der in Frankreich, Großbritannien und

Anna Schwarz (1955), Professorin für Vergleichende Politische Soziologie an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Europa-Universität Viadrina, Frankfurt (Oder)

Jörg Jacobs (1966), Dr., wissenschaftlicher Assistent am Lehrstuhl für Vergleichende Kultursoziologie an der Kulturwissenschaftlichen Fakultät der Viadrina, Frankfurt (Oder)

¹ Vgl. zum Beispiel *Der Spiegel*, 8/2003, S. 33. – *Die Zeit*, 5/2003.

² *Der Spiegel*, 50/2002 S. 49.

Österreich übertroffen.³ Nach dem Scheitern des Brüsseler Verfassungsgipfels im Dezember 2003 wurden selbst unter prinzipiellen Europa- und EU-Erweiterungsbefürwortern nachdenkliche Stimmen laut. Nationalstaatliche und intergouvernementale Bestrebungen europäischer Kernstaaten traten zutage.

Angesichts dessen hat Polen auf einer „Mitgliedschaft erster Klasse von der ersten Stunde an“ bestanden. Zugleich fürchtet Staatspräsident Kwaśniewski nun „allzu hohe Erwartungen, daß sich mit dem EU-Beitritt am 1. Mai alles schlagartig zum Besseren ändern wird.“⁴ Polens Bevölkerung rückte im Verlaufe des Jahres 2003 von ihrer überwiegend positiven Haltung zum EU-Beitritt um neun Prozentpunkte ab und lag im Herbst 2003 mit 52 Prozent Befürwortern eher im Mittelfeld aller Kandidatenländer.⁵ So klingt es weniger nach einer Liebesheirat als nach einer Vernunfthehe, wenn Kwaśniewski den Rückgang des EU-Enthusiasmus mit den Worten kommentiert, „eine Mehrheit versteht die Notwendigkeit, mit den europäischen Partnern eine Verständigung zu erzielen“.⁶ In der Bundesrepublik schwanken die neueren Verlautbarungen über die wirtschaftlichen Effekte der Erweiterung zwischen den Sorgen um die eigene haushaltspolitische Überforderung und den Erwartungen gesamtwirtschaftlicher Belebungs-effekte. In diesem Sinne argumentierte wiederholt EU-Erweiterungskommissar Günther Verheugen: „Deutschland wird von dem schnellen Wachstum in den neuen Beitrittsländern und der schnell steigenden Nachfrage stärker profitieren als alle anderen EU-Staaten.“⁷

So sehr die Erwartung makroökonomischer Vorteile für die Bundesrepublik von vielen wirtschaftswissenschaftlichen Szenarien gestützt wird, so wenig kann diese Erwartung gerade auf die Grenzregion übertragen werden. Inzwischen liegen regionalwirtschaftliche Studien vor, die aufgrund der Strukturschwäche Ostbrandenburgs und ebenso auch der grenznahen westpolnischen Wojewodschaften diesen bisher peripheren Regionen kaum Wachstums- und Wohlfahrtsgewinne durch die EU-Osterweiterung prophezeien. Dazu bedürfe es innerregionaler und grenzüberschreitender wirtschaftlicher Aktivitäten, für die die strukturellen und habituellen Voraussetzungen deutlich negativer bewertet werden als für strukturstarke, dynamische Regionen wie etwa Baden-Württemberg und Bayern oder auch den Posener und Warschauer Raum.⁸ Verwiesen wird damit auf die Gefahr, daß diese Grenzregionen bei der Herausbildung neuer, dynamischer Entwicklungsräume übersprungen werden könnten, wenn es nicht zu politischen, wirtschaftlichen, aber auch habituellen Entwicklungsimpulsen kommt.

Gerade deshalb ist es geboten, sich mit der Stimmungslage der Bevölkerung im deutsch-polnischen Grenzgebiet zu befassen. Analysiert wird, welche Hoffnungen und Ängste die Menschen entlang der deutsch-polnischen Grenze mit der EU-

³ Eurobarometer, Autumn 2003, Comparative highlight report; <http://www.cceb20003_4comparative.pdf>

⁴ Der Spiegel, 3/2004 S. 92.

⁵ Siehe Anhang/Tabelle. – Vgl. auch Victoria Kaina, Franziska Deutsch, Ireneusz Pawel: Zwischen Euphorie und Skepsis – Demokratieverständnis und EU-Beitrittsakzeptanz in Polen, in: Frank Brettschneider, Jan van Deth, Edeltraud Roller (Hg.): Europäische Integration in der öffentlichen Meinung. Opladen 2003, S. 185–210, hier S. 200.

⁶ Ebd.

⁷ dpa, 21.11.2004.

⁸ Stefan Krätke: The Regional Impact of EU Eastern Enlargement: A View from Germany, in: European Planning Studies, 5/2002. – Informationen zur Raumentwicklung, 11–12/2001.

Osterweiterung verbinden. Welche Bevölkerungsgruppen begreifen die neue Situation als Chance? Zur Beantwortung dieser Fragen greifen wir auf eine eigene lokale Studie über die Ostbrandenburger Bevölkerung vom Mai und September 2003 zurück und kontrastieren die Befunde mit Ergebnissen des Meinungsforschungsinstitutes CBOS (*Centrum Badania Opinii Społecznej*), die für die drei westpolnischen, grenznahen Wojewodschaften Zachodniopomorskie, Lubuskie und Dolnośląskie besonders ausgewiesen werden.⁹

Einstellungen zur EU-Erweiterung im ostdeutschen Grenzgebiet

In einer lokalen Studie haben wir die Bürger von Frankfurt/Oder gefragt, was sie mit der Mitgliedschaft in der EU und der EU-Osterweiterung verbinden.¹⁰ Eine Mehrheit der Frankfurter glaubt nicht, daß die EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile für sie bringt. Anders als im grenznahen Polen, wo die Hoffnung die Skepsis deutlich überwiegt, erwartete im Frühling und Herbst 2003 jeweils nur etwa ein Drittel der Befragten, daß mit der EU-Mitgliedschaft mehr Vor- als Nachteile verbunden seien. Ein Fünftel der Befragten war sich über die Konsequenzen der Mitgliedschaft nicht im klaren, und eine relative Mehrheit von etwa 45 Prozent glaubte zu keinem der beiden Zeitpunkte, daß die EU-Mitgliedschaft für sie überwiegend Vorteile habe.

Tabelle 1: Die EU-Mitgliedschaft bringt generell mehr Vorteile als Nachteile für uns¹¹

	Mehr Vor- als Nachteile durch EU-Mitgliedschaft	
	Mai 2003	September 2003
Stimme stark zu	4,4	4,6
Stimme eher zu	31,2	28,0
Lehne eher ab	31,2	30,4
Lehne vollkommen ab	13,9	14,8
Weiß nicht/keine Angabe	19,3	22,3
N	814	988

Quelle: Hansebarometer Mai 2003, September 2003.

Offensichtlich hatte das Referendum über den EU-Beitritt in Polen keine signifikanten Veränderungen der Einstellungen diesseits der Oder bewirkt. Es herrscht bei der breiten Bevölkerung keine Euphorie gegenüber der EU und auch nicht über den nächsten Schritt bei der europäischen Integration. Auf diese Haltung hat sicherlich auch

⁹ Krystyna Szwochertowska und Ewa Konopko sei gedankt, die uns vor allem bei der Zusammenstellung von Strukturdaten und der Analyse der CBOS-Daten unterstützt haben.

¹⁰ Das Hansebarometer wurde 2003 gemeinsam von der *Europa-Universität Viadrina* und dem *Hanse-Club Wirtschaft für Frankfurt/Oder* durchgeführt. Im Mai und September 2003 wurden 2500 bzw. 3000 Frankfurter gebeten, ihre politische Orientierung vor der Kommunalwahl, ihre Haltung zum Stadtumbau und zur EU-Osterweiterung zu äußern. Die Stichprobe wurde als Zufallsstichprobe aus der Einwohnermeldedatei gezogen. Die Befragung erfolgte postalisch. 814 (Mai) und 988 (Sept.) verwertbare Antworten gingen in die Analyse ein.

¹¹ Die Frage lautet: „Die EU-Osterweiterung wird voraussichtlich in nächster Zeit Realität werden und weckt manche Hoffnungen und Befürchtungen. Wie ist das bei Ihnen? Bitte sagen Sie uns zu den folgenden Aussagen, ob Sie eher zustimmen oder ob Sie die Aussagen eher ablehnen: Die EU-Mitgliedschaft bringt generell mehr Vorteile als Nachteile für uns.“

die öffentliche Diskussion um die Kürzung der Strukturmittel aus Brüssel nach der EU-Osterweiterung einen Einfluß. Erkennbar ist eine geteilte Meinung der Frankfurter auch im Hinblick auf die Frage, was die EU-Osterweiterung für sie persönlich bedeutet. Im September 2003¹² glaubten knapp 44 Prozent, daß die EU-Osterweiterung ihr persönliches Leben nicht berühren werde, zehn Prozent hatten keine Meinung in dieser Frage, und 46 Prozent waren der Ansicht, die EU-Osterweiterung werde ihr Leben beeinflussen. Damit erwartete weniger als die Hälfte aller Befragten eine Veränderung ihrer persönlichen Situation durch die EU-Osterweiterung, obwohl wirtschaftliche Ängste weit verbreitet sind. Bittet man die Frankfurter um eine genauere Einschätzung ihrer Befürchtungen und Hoffnungen, findet man eine klare Differenzierung zwischen der Hoffnung auf politische Vorteile und der Befürchtung wirtschaftlicher Nachteile. Tabelle 2 zeigt, daß die Menschen wirtschaftliche Nachteile erwarten. Eine Mehrheit befürchtet den Ruin von Handwerksbetrieben. Damit ist die Sorge um den Verlust von weiteren Arbeitsplätzen verbunden. Zwei Drittel der Befragten äußerten solche Ängste. Dies würde eine Region treffen, in der 2002 die Arbeitslosenquote 19,5 Prozent betrug.¹³ Sie lag damit deutlich über dem Durchschnitt des Landes Brandenburg.¹⁴ Trotz dieser wirtschaftlichen Befürchtungen wird aber von einer Mehrheit auch die politischen Vorteile einer besseren Verständigung der Völker in Europa und einer Förderung der Demokratie in den neuen EU-Mitgliedstaaten gesehen.

Tabelle 2: Politische und wirtschaftliche Dimension von Einstellungen der Bürger in Frankfurt (Oder) zur EU-Osterweiterung in Prozent

	Politische Dimension				Wirtschaftliche Dimension		
	Freundschaft der Völker ^a		Förderung der Demokratie ^b		Ruin der Handwerksbetriebe ^c		Verlust von Arbeitsplätzen ^d
	Mai	Sept	Mai	Sept	Mai	Sept	Mai
Stimme stark zu	6,3	8,1	5,8	8,0	18,9	20,6	24,9
Stimme eher zu	44,7	43,5	48,5	41,3	39,1	34,0	41,9
Lehne eher ab	25,2	24,7	26,7	24,4	23,7	25,4	19,0
Lehne voll ab	7,9	6,5	6,4	7,9	5,3	4,9	3,7
Weiß nicht	16,0	17,2	12,7	19,8	13,0	15,1	10,4
N	814	988	814	988	814	988	814

Quelle: Hansebarometer Mai 2003; a: Frage im September nicht gestellt.

Fragen: Einleitungstext siehe Tabelle 1

a: „Die Freundschaft zwischen den europäischen Völkern wird gestärkt.“

b: „Die EU-Osterweiterung fördert die Entwicklung der Demokratie in den Beitrittsländern“

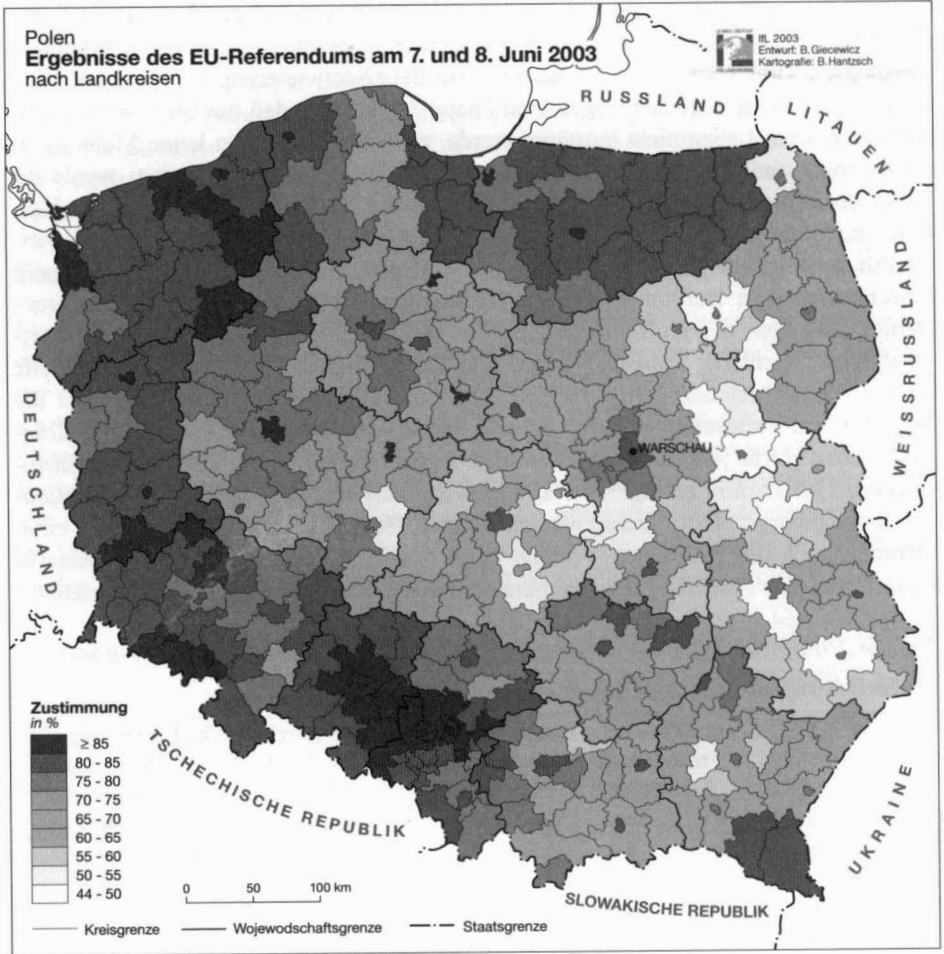
c: „Die EU-Osterweiterung treibt unsere Handwerksbetriebe in den Ruin.“

d: „Durch die EU-Osterweiterung werden in Brandenburg zunächst viele Arbeitsplätze verlorengehen.“

¹² Frage im Mai nicht gestellt.

¹³ <<http://www.frankfurt-oder.de/stadtffo.htm>>.

¹⁴ Im Hansebarometer wurden die Frankfurter auch gefragt, ob sie die Absicht haben, abzuwandern. Mehr als die Hälfte aller Frankfurter hatte schon einmal darüber nachgedacht. Knapp 15 Prozent wollen Frankfurt in den nächsten zwei Jahren sicher verlassen. Insbesondere fehlende Arbeitsplätze sind – vor allem für jüngere Bewohner Frankfurts – der Grund, ihre Stadt zu verlassen. Mehr als 50 Prozent geben als Ziel die alten Bundesländer an, weitere 22 Prozent beabsichtigen, ins Ausland abzuwandern.



Eine Mehrheit der Frankfurter erwartet, daß durch den Beitritt der Staaten Ostmittel- und Osteuropas zur EU die Freundschaft zwischen den europäischen Völkern gestärkt und die Demokratie in den Beitrittsländern gefördert werde. Daß der EU-Beitritt in den Augen der Frankfurter vor allem ein politisches Projekt darstellt, das trotz aller wirtschaftlichen Bedenken Unterstützung erfährt, kann man an den Antworten auf die Frage ablesen, ob die EU-Osterweiterung für eine friedliche Entwicklung Europas notwendig sei: Fast drei Viertel aller Befragten stimmen dem zu. Zwischen der politischen und der ökonomischen Dimension gibt es einen sehr starken Zusammenhang: Diejenigen, die wirtschaftliche Nachteile erwarten, sehen tendenziell auch weniger politische Vorteile. Genauso gilt, daß diejenigen, die politische Vorteile von der EU-Osterweiterung erwarten, weniger wirtschaftliche Nachteile befürchten. Dazu passend ist der Zusammenhang zwischen der generellen Bewertung der EU-Osterweiterung und den Einstellungen auf der politischen und ökonomischen Dimension sichtbar: Wer wirtschaftliche Nachteile befürchtet, erwartet auch, daß die Osterweiterung generell mehr Nachteile als Vorteile bringt. Dagegen sehen diejenigen, die an positive politische Effekte glauben, auch eher generelle Vorteile durch die EU-Osterweiterung. Die Bewohner von Frankfurt sind kurz gesagt pragmatisch, abwartend und persönlich nur mäßig interessiert.

In den Daten findet man einen Zusammenhang zwischen der Selbsteinstufung auf der Links-Rechts-Dimension und den politischen Erwartungen: Diejenigen, die sich selbst links einstufen, erwarten in stärkerem Maße eine Stärkung der Freundschaft der europäischen Völker als diejenigen, die sich als rechts bezeichnen. Zumindest die Frage nach der „Freundschaft der Völker“ war so formuliert, daß Assoziationen mit dem politischen Vokabular und Zielprojektionen der untergegangenen DDR aufkommen könnten. Unsere Analysen zeigen zudem, daß das Lebensalter der Befragten für die Hoffnung auf politische Vorteile durch die EU-Osterweiterung eine signifikante Rolle spielt. Je älter die Befragten sind, desto eher erwarten sie auch politische Vorteile. Für die Befürchtungen in wirtschaftlichen Fragen ist das Alter der Befragten dagegen nicht relevant. Intuitiv würde man erwarten, daß vor allem Frankfurter, die im Berufsleben stehen, Sorge um ihren Arbeitsplatz haben. Dies zeigt sich so nicht. Die Einstellungen der berufstätigen Frankfurter weisen keine Besonderheit auf. Nur diejenigen, die zum Zeitpunkt der Befragung arbeitslos waren, äußerten verstärkt wirtschaftliche Ängste. Gleichzeitig erwarten Arbeitslose in geringerem Ausmaß politische Vorteile durch die EU-Osterweiterung. Das Bildungsniveau hat keine Bedeutung für die politischen Erwartungen, aber sehr wohl für die wirtschaftlichen Ängste. Frankfurter mit einem höheren Bildungsabschluß (Abitur/Fachhochschule/Universität) befürchteten weniger wirtschaftliche Nachteile. Dies läßt sich auf zwei Gründe zurückführen. Erstens treten höher Gebildete in der Regel selbstbewußter auf dem Arbeitsmarkt auf. Überdies ist die Arbeitslosigkeit unter Akademikern bislang niedriger als bei der übrigen Bevölkerung. Zweitens fürchten höher Gebildete wahrscheinlich weniger eine Konkurrenz aus Polen. Es entspricht jedenfalls den bisherigen Erfahrungen und dem Klischee, daß vor allem Saisonarbeitskräfte aus Polen auf den deutschen Arbeitsmarkt drängen. Rechtlich besteht zur Zeit allerdings eine Ausnahmeregelung, die es Nicht-EU-Bürgern mit einem in Deutschland erworbenen Universitätsabschluß erlaubt, bis

zu zwei Jahren nach dem Studium in der Bundesrepublik zu arbeiten, sofern diese Tätigkeit ihre Qualifikation vertieft.¹⁵

Einstellungen im westpolnischen Grenzgebiet

Um die Frankfurter Ergebnisse mit den Hoffnungen und Befürchtungen auf der polnischen Seite der Grenze zu kontrastieren, werden CBOS-Daten herangezogen.¹⁶ Dabei geht es um politische und ökonomische Erwartungen sowie speziell um die Betrachtung von Unterschieden zwischen der westpolnischen Bevölkerung und dem polnischen Durchschnitt. In nahezu allen Aspekten ist die westpolnische Bevölkerung überdurchschnittlich optimistisch in bezug auf den EU-Beitritt und dessen Folgen.¹⁷ Der gravierendste Unterschied zu den Frankfurtern ist in der generellen Einschätzung auszumachen, ob die EU-Erweiterung mehr Vorteile als Nachteile haben wird. Eine relative Mehrheit der Polen (42,7 Prozent) und der West-Polen (47,4 Prozent) sieht dies optimistisch. Eine ähnlich große Minderheit wie in Frankfurt hält die Folgen auch in Westpolen für ambivalent und schwer zu beurteilen (ca. 24 Prozent).

Tabelle 3: Allgemeine^a und politische^b Erwartungen an den EU-Beitritt (in Prozent)

	Polen	West-Polen
Der EU-Beitritt bringt mehr Vorteile	42,7	47,4
Der EU-Beitritt bringt mehr Nachteile	29,3	28,6
Sowohl Vorteile als auch Nachteile	15,6	16,2
Schwer zu sagen	12,4	7,8
N	1006	154
Das politische System in Polen wird eher positiv beeinflusst	40,3	44,8
Das politische System in Polen wird eher negativ beeinflusst	12,2	13,0
Eher kein Einfluß auf das politische System in Polen	22,6	22,1
Schwer zu sagen	24,9	20,1
N	1006	154

Quelle: CBOS Februar 2003.

a: Die Frage lautet: „Bringt der EU-Beitritt Polen mehr Vorteile oder Nachteile?“

b: Die Frage lautet: „Denken Sie, daß die Integration und Polens Beitritt zur EU das politische System eher positiv oder eher negativ beeinflussen wird?“

¹⁵ Vgl. Paragraph 2, Abs. 4 in der Anwerbestopp-Ausnahmeverordnung.

¹⁶ CBOS befragte im Februar 2003 1006 Personen in Polen zu politischen und ökonomischen Themen, die im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt stehen. Über 150 Probanden stammen aus den drei westlichen Wojewodschaften Zachodniopomorskie, Lubuskie und Dolnośląskie. Da die Zahlen für diese drei Wojewodschaften relativ klein ausfallen, geht es im folgenden eher um die Beobachtung von tendenziellen Unterschieden.
Centrum Badania Opinii Społecznej: Optymizm i pesymizm w myśleniu o efektach integracji europejskiej. Komunikat z badań. Warszawa, Februar 2003, <<http://www.cbos.pl>>.

¹⁷ Das Ergebnis verweist weniger auf die Erwartungen in Westpolen, daß hier der Beitritt positivere Wirkungen haben könnte. Vielmehr kommt die größere Sorge in Ostpolen über die Arbeitslosigkeit und die Überlebenschancen der Kleinbauern zum Ausdruck. Sie führt zu niedrigeren polnischen Durchschnittswerten.

Ähnlich positiv wie die Frankfurter sind die Erwartungen, daß die Demokratie gefestigt wird. Eine relative Mehrheit von 40,3 Prozent in ganz Polen und 44,8 Prozent in Westpolen teilt diese Annahme. Ein gutes Fünftel vermutet, daß die EU-Erweiterung keinen Einfluß auf das politische System haben wird. Ein etwas höherer Anteil als in Frankfurt (knapp ein Viertel aller polnischen Befragten) zeigt sich indifferent.

Optimistischer als die Frankfurter sehen die westpolnischen Befragten die wirtschaftlichen Folgen des Beitritts. 46 Prozent erhoffen sich eine Steigerung des Lebensstandards, 70 Prozent eine Belebung des Unternehmergeistes und 68 Prozent eine Verbesserung der Einstellung zur Arbeit. Eine relative Mehrheit von über 44 Prozent hegt optimistische Wohlstandserwartungen. Dagegen glaubt ein Viertel der Westpolen, daß der EU-Beitritt hier keine Auswirkungen haben wird. Eine absolute Mehrheit von fast 54 Prozent der Westpolen erhofft schließlich einen Rückgang der Arbeitslosigkeit.

Tabelle 4: Allgemeine wirtschaftliche Erwartungen^a und Erwartungen für den Arbeitsmarkt^b als Folge des polnischen EU-Beitritts (in Prozent)

	Polen insgesamt	West-Polen
Der Wohlstand wird sich erhöhen	35,4	44,4
Der Wohlstand wird sinken	15,5	11,8
Kein Einfluß	25,6	25,5
Schwer zu sagen	23,5	18,3
N	1003	153
Die Arbeitslosigkeit wird steigen	22,2	20,9
Die Arbeitslosigkeit wird sinken	45,7	53,6
Kein Einfluß	16,3	13,7
Schwer zu sagen	15,9	11,8
N	1003	153

Quelle: CBOS Februar 2003.

a: Die Frage lautet: „Denken Sie, daß sich infolge der Integration Polens in die EU der Wohlstand / eher erhöhen, eher sinken oder die Integration keinen Einfluß darauf haben wird?“

b: Die Frage lautet: „Denken Sie, daß sich infolge der Integration Polens in die EU die Arbeitslosigkeit eher erhöhen, eher sinken oder die Integration keinen Einfluß darauf haben wird?“

In Westpolen läßt sich der für die Frankfurter konstatierte Zusammenhang zwischen eigener Erwerbslosigkeit und wirtschaftlichen Befürchtungen nicht nachweisen. Im Gegenteil: Jeweils die Mehrheit, nämlich 56 Prozent der Rentner, 39 Prozent der Arbeitslosen, 64 Prozent der Führungskräfte und 60 Prozent der Studenten erhoffen hier klare Wohlfahrtsgewinne. Analoges gilt für die Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Wenn an den EU-Beitritt gerade in der Grenzregion besondere Hoffnungen auf eine Verbesserung der Arbeitsmarktlage geknüpft werden, drängt sich die Frage auf, ob diese Verbesserung auf polnischem Gebiet vermutet wird oder eher durch eine Freizügigkeit für Arbeitnehmer.

In den polnischen Daten kommt die zu vermutende Diskrepanz zwischen einer allgemein angenommenen und massenmedial debattierten Arbeitsmigration gen Westen und den persönlichen Ambitionen, im EU-Ausland zu arbeiten, deutlich zum Aus-

druck. Wie in Tabelle 5 zu sehen ist, erwarten mehr als 80 Prozent der Befragten, daß die Arbeitsmigration aus Polen in den EU-Raum zunehmen wird. Nach den persönlichen Absichten befragt, geben jedoch 47,1 Prozent der Befragten aus dem Westen Polens und 56,5 Prozent aller Polen an, nicht im Ausland arbeiten zu wollen.

Tabelle 5: Allgemein^a erwartete und selbst erwogene^b Arbeitsaufnahme im Ausland (in Prozent)

	Polen	West-Polen
Das Arbeiten im Ausland wird generell zunehmen	83,8	86,9
Das Arbeiten im Ausland wird generell abnehmen	2,3	5,2
Darauf wird die Integration keinen Einfluß haben	7,1	5,2
Schwer zu sagen	6,8	2,6
N	999	153
Ja, ich wäre an Arbeit im EU-Ausland interessiert	18,6	23,5
Ja, wenn es ein entsprechendes Angebot gibt	13,7	15,7
Ich weiß noch nicht	11,2	13,7
Nein	56,5	47,1
N	999	153

Quelle: CBOS Februar 2003.

a: Die Frage lautet: „Denken Sie, daß infolge der Integration das Arbeiten von Polen im Ausland eher zunehmen, eher abnehmen oder die Integration keinen Einfluß haben wird?“

b: Die Frage lautet: „Würden Sie persönlich nach dem EU-Beitritt an einer Arbeit in einem der EU-Länder interessiert sein?“

Immerhin hält es die absolute Mehrheit der Polen und auch eine relative Mehrheit im westpolnischen Grenzgebiet keineswegs für erstrebenswert, den eigenen Lebensunterhalt im EU-Ausland zu verdienen. Es ist verständlich, daß unter den Rentnern die Neigung zur Mobilität gering ist. Aber selbst bei Führungskräften hielt sich in unserem Sample diese Neigung in Grenzen. Letzteres entspricht auch den meisten Wirtschaftsprognosen über die zu erwartende Attraktivitätssteigerung gut entlohnter Führungspositionen in Polen.¹⁸ Dennoch: Mobile, flexible, junge, gut ausgebildete Polen werden auch aufgrund der demographischen Entwicklung zumindest in den nächsten zehn Jahren¹⁹ eine wichtige Gruppe neuer Arbeitsmigranten in der EU ausmachen, allerdings in überschaubaren Dimensionen und nicht unabhängig von der Attraktivität und Einbettung der möglichen Arbeitsangebote.

¹⁸ Heinz Fassmann: Die große Freiheit? Zuwanderung und Niederlassung, im vorliegenden Heft von OSTEUROPA, S. 316–329.

¹⁹ Lebten im Jahr 2000 noch 6,56 Millionen junger Menschen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren in Polen, so werden dies 2010 nur noch 5,36 Millionen sein. In diesen Prognosen kommt der Geburtenrückgang der 1990er Jahre zum Ausdruck. Auch diese Gesellschaft steuert auf eine tendenzielle Überalterung zu; vgl. Hansjörg Bucher: Die EU-Osterweiterung und ihre Wirkung auf die internationalen Zuwanderungen nach Deutschland, in: Informationen zur Raumentwicklung, 11–12/2001, S. 801.

Spiegelbildliche Erwartungen in peripheren Räumen

Die vorliegenden Ergebnisse verweisen auf strukturelle Ähnlichkeiten in den Erwartungen der Grenzbevölkerung beiderseits der Oder. Auf der deutschen und polnischen Seite sind mit der EU-Osterweiterung in weiten Teilen der Bevölkerung politische Hoffnungen und wirtschaftliche Erwartungen verknüpft. Es ist keineswegs der Fall, daß die EU ausschließlich als ökonomisches Projekt gesehen wird. Allerdings spielen die wirtschaftlichen Erwartungen eine wichtigere Rolle für die Haltung der Menschen.

Während die Erweiterung in Polen Anlaß für wirtschaftliche Hoffnungen ist, etwa auf höheren Wohlstand und bessere Arbeitsmarktchancen, nehmen die Ostbrandenburger sie tendenziell als bedrohliche Konkurrenz auf dem eigenen Arbeitsmarkt wahr. Im Alltag haben Ostbrandenburger Unternehmen aber bereits heute Probleme, bestimmter Arbeitsplätze zu besetzen.²⁰ Etliche Arbeitsplätze im grenznahen ostdeutschen Einzelhandel werden bereits heute von der zunehmend kaufkräftigen Kundschaft aus dem polnischen Nachbarland gesichert.

Was die generelle Bereitschaft der polnischen Nachbarn anbelangt, künftig im europäischen Ausland zu arbeiten, zeigt sich ein sehr differenziertes Bild. Eine CBOS-Umfrage von 2001 dokumentiert die Einstellungen in dem Jahr, als die Befürchtungen in den damaligen EU-15-Staaten über zu erwartende Wellen von Arbeitsmigranten hochschlugen und die Beitrittsverhandlungen belasteten.²¹ Diese CBOS-Umfrage kam zu dem Ergebnis, daß Deutschland das bevorzugte Zielland von Arbeitsmigration ist (so 48 Prozent aller an einer Arbeitsaufnahme in der EU interessierten Polen, 43 Prozent der befragten Tschechen, 40 Prozent der Ungarn und 32 Prozent der Litauer), gefolgt von Großbritannien, Frankreich und Österreich. Allerdings sollte dieses Potential nicht überschätzt werden, denn nur etwa ein Drittel der befragten Polen war überhaupt bereit, eine Arbeit im Ausland anzunehmen.²² Von diesem knappen Drittel sind es wiederum nur 13 Prozent, die an einen ständigen Wohn- und Arbeitsaufenthalt im Ausland denken, der überwiegende Anteil möchte nur als Saisonarbeiter ins Ausland gehen oder pendeln. Während eine schwer zu schätzende Zahl von Saisonarbeitern und Pendlern auch in Brandenburg eine zeitweilige Beschäftigung suchen könnte – dies hängt jedoch auch von verfügbaren Arbeitsangeboten und dem Lohnniveau ab –, gilt dies für die Gruppe abwandernder, potentieller Migranten keineswegs.²³ Dieje-

²⁰ Vgl. Andrea Blaneck: Netzwerke und Kooperationen an der deutsch-polnischen Grenze. Untersuchungen zum wirtschaftlichen Milieu in grenznahen Gebieten am Beispiel von IuK-Unternehmen und regionalen Wirtschaftsfördereinrichtungen. Anhang, Interview OU 3, S. 12 ff., Diplomarbeit an der Europa-Universität Viadrina. Frankfurt/Oder 2003.

²¹ CBOS: Czy chcemy pracować w krajach Uni Europejskiej – opinie Polaków, Czechów, Węgrów i Litwinów; <<http://www.cbos.com.pl/SPISKOM.POL.2001/KOM071/KOM071.HTM>>.

Die Polen, Tschechen, Ungarn und Litauern gestellten Fragen lauteten: „Würden Sie persönlich nach dem Beitritt Ihres Landes an einer Arbeit in einem der EU-Länder interessiert sein, in welchem Land und für welchen Zeitraum?“

²² 18 Prozent wollten „mit Sicherheit“, acht Prozent „wahrscheinlich“ und elf Prozent „wahrscheinlich, wenn ein konkretes Angebot gemacht wird“, eine Arbeit aufnehmen; ebd.

²³ Bisherige Studien machen keine Aussagen über Grenzpendler, verweisen jedoch auf den Anstieg osteuropäischer Saisonarbeiter in Deutschland zwischen 1994 und 2002 von ca. 150 000 auf 300 000, wobei auch die Abhängigkeit derartiger Zahlen von den jeweils gülti-

nigen, die längerfristig Arbeit in Deutschland suchen, werden eher in die prosperierenden Regionen Süd- und Westdeutschlands wandern und dort auf etablierte polnische Migranten-Netzwerke zurückgreifen können.

Neben den wirtschaftsstrukturellen Schwächen stehen Selbstblockaden einem wirtschaftlichen Aufschwung in Brandenburg und einer Kooperation mit Partnern aus Polen entgegen. So äußern Unternehmer ihre Frustration darüber, wie wenig Bereitschaft es in Ostbrandenburg gibt, zum gegenseitigen Nutzen gemeinsam unternehmerisch zu handeln.²⁴ Noch begrenzter ist die Bereitschaft zu grenzüberschreitenden Kooperationen. Zwar geben etliche Unternehmer an, vor einigen Jahren bereits die eine oder andere Kooperation begonnen zu haben. Aus wirtschaftlichen Erwägungen hätten sie diese jedoch wieder abgebrochen. Hinzu kommt die Befürchtung, ihr öffentliches Bekenntnis zu einer Kooperation mit Polen, sei es durch die Auslagerung des Fertigungsprozesses, sei es durch die Beschäftigung polnischer Arbeitskräfte, könnte sie in den Augen der einheimischen Kunden und Partner stigmatisieren. Noch immer gelte es als amoralisch, das Lohngefälle zu nutzen. Es existiere das Vorurteil, daß eine Kooperation mit Polen zu Qualitätsminderung führe, was zu Image- und Absatzeinbußen führen könne. Diese Befürchtungen könnten ein Anlaß sein, die offiziellen Zahlen grenzüberschreitender Aktivitäten der Brandenburger Unternehmen mit Vorsicht zu behandeln. Wahrscheinlich gibt es eine Dunkelziffer deutsch-polnischer Kooperation. Doch insgesamt ist sie schwach ausgeprägt.²⁵ Das ist auch Resultat einer habituellen Selbstblockade der Bevölkerung in Brandenburg. Wird diese nicht überwunden, werden die neuen Chancen der EU-Erweiterung Brandenburger Unternehmen und Beschäftigten kaum zugute kommen.

Weitaus offener und flexibler stellt sich das Bild des Unternehmertums und der jungen Generation in Polen dar. In den Medien werde das Bild nach amerikanischem Vorbild gezeichnet. So beobachtet Adam Krzemiński, in Polen verbreite sich das „Vorbild des jungen, flexiblen Aufsteigers, der es mit Wendigkeit, harten Ellenbogen, Welterfahrung und permanenter Weiterbildung zu etwas bringt“.²⁶

gen rechtlichen Rahmenbedingungen betont wird. Die Schätzungen des neuen osteuropäischen Migrationspotentials in den kommenden 15 bis 20 Jahren unter den Bedingungen der Freizügigkeit nach Deutschland schwanken zwischen 1,9 bis 3,5 Millionen Personen; vgl. Barbara Dietz: Ost-West-Migration nach Deutschland im Kontext der EU-Erweiterung, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 5–6/2004, S. 42–47.

²⁴ Dies formulierte ein nach Ostbrandenburg zugewanderter Unternehmer: „Ja, also, ich bin aus Baden-Württemberg. Wenn da ein Auftrag, eine Anfrage kommt, und der kann das nicht machen, oder will das nicht, was weiß ich, und der kennt seinen Mitwettbewerber und dem schant er das zu und sagt, hier, mach du mal. Und so geht’s umgekehrt auch. Da arbeiten die Mitwettbewerber miteinander und nicht gegeneinander. Und hier wird gegeneinander gearbeitet.“ In: A. Blaneck [Fn. 19], Interview DU 1, S. 4, Zeile 87–91.

²⁵ Die Hoppenstedt-Firmendatenbank verzeichnete für das Frühjahr 2001 von allen bundesdeutschen 153 391 Unternehmen nur 833 mit wirtschaftlichen Aktivitäten bzw. Niederlassungen in Polen, von denen stammten nur 40 Firmen aus Ostdeutschland. Davon waren 23 Berliner Firmen. Nur 17 Brandenburger Unternehmen sind also als aktiv im Nachbarland registriert. Vgl. Hoppenstedt Firmeninformationen GmbH (2001): Hoppenstedt Firmendatenbank. Darmstadt, 1.8.2001.

²⁶ Adam Krzemiński: Polen auf dem Weg in die Europäische Union – nicht nur eine Innenansicht, in: *Informationen zur Raumentwicklung*, 11–12/2001, S. 689. – Vgl. auch Jakob Juchler: Zwischen Bangen und Hoffen. Polen vor dem EU-Referendum, in: *OSTEUROPA*, 4/2003, S. 502–514, hier 514.

Ob dieser Aufsteigertyp in der ostbrandenburgischen Grenzregion allerdings seine Ambitionen verwirklichen kann, scheint eher unwahrscheinlich. Insofern muß die scheinbar „gute Nachricht“ zur Beruhigung der Frankfurter Sorgen über ihren heimischen Arbeitsmarkt durch eine „schlechte Nachricht“ relativiert werden: Es ist gerade die relative Strukturschwäche Ostbrandenburgs, die einen spürbaren Zuzug polnischer Arbeitsmigranten kaum erwarten läßt. Wenn auch unter den Frankfurter Jugendlichen die Bereitschaft ausgeprägt ist, auf der Suche nach einem Arbeitsplatz ihre Heimat zu verlassen, können wir eine weitere strukturelle Ähnlichkeit der Orientierungen von Ostdeutschen und Westpolen verzeichnen. Allerdings bedeutet diese Abwanderungsgefahr von jüngeren Arbeitskräften eine weitere Schwächung des Standortes Ostbrandenburg. In Brandenburg ruhen große Hoffnungen auf der weiteren Förderung aus den EU-Strukturfonds auch nach dem Jahr 2006, selbst wenn strukturschwächere Regionen in Ostmitteleuropa einen größeren Bedarf haben. Europa als politisches Mehrebenensystem ist selbst eines der eingangs genannten schwierigen, aber auch chancenreichen Unterfangen.

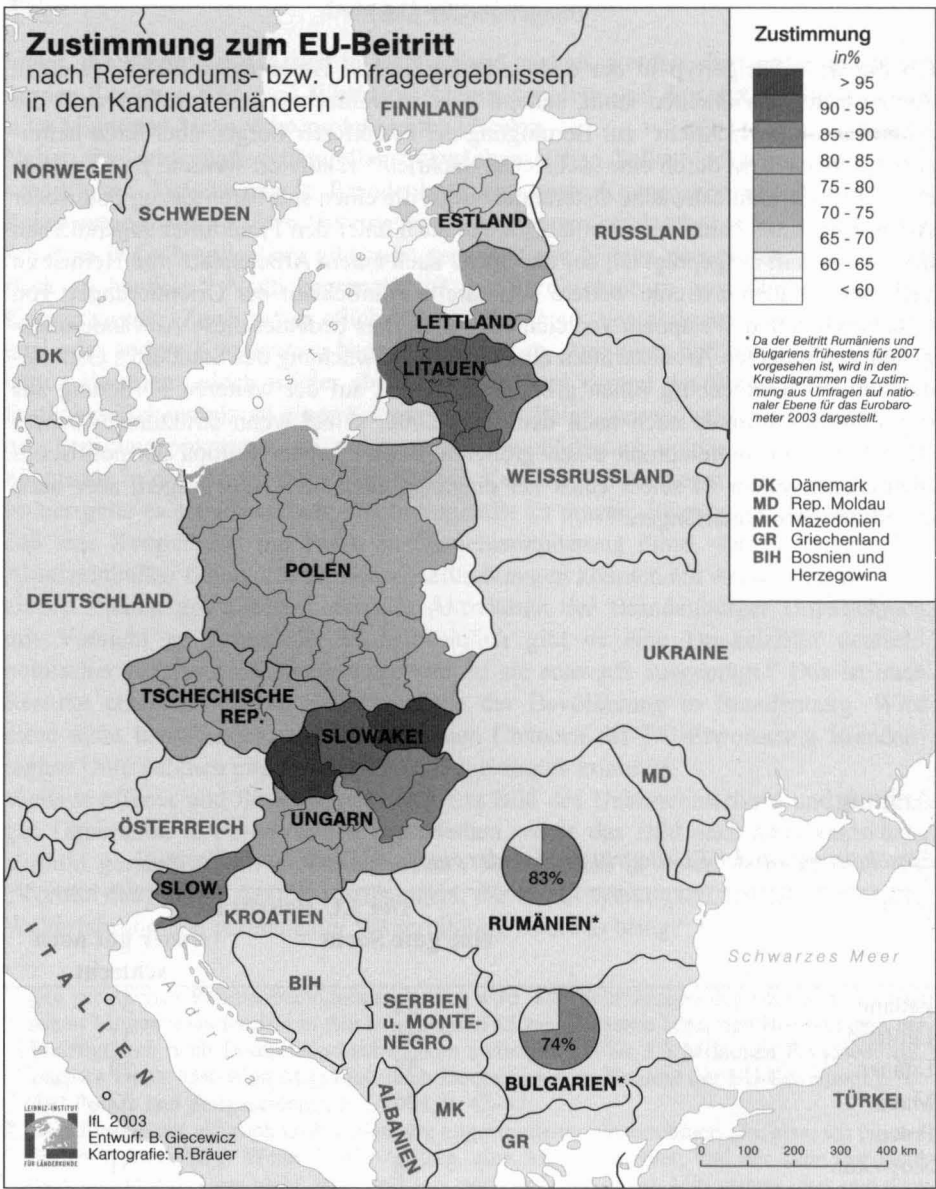
Anhang

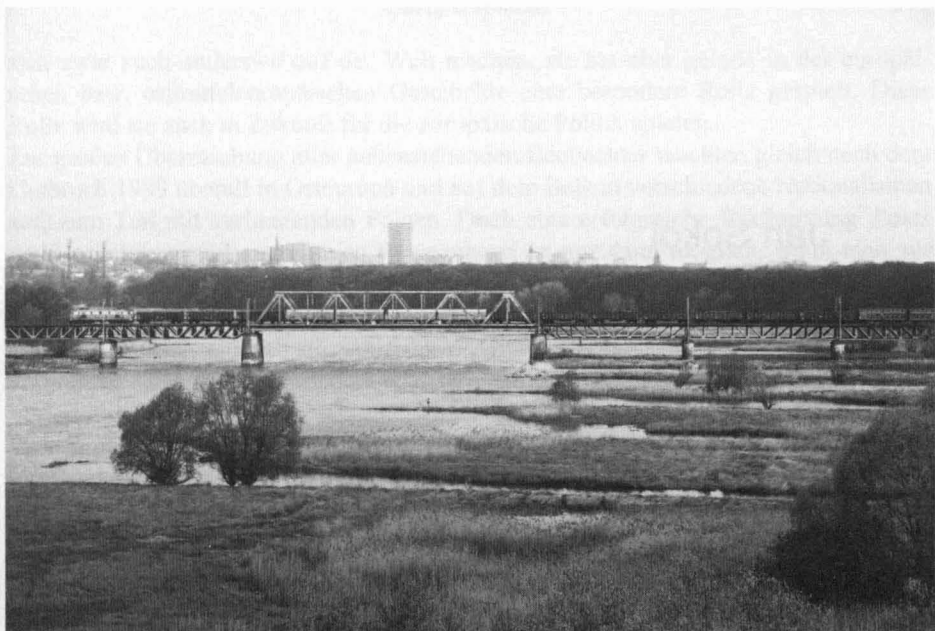
Einschätzung, ob der EU-Beitritt des Landes eine gute Sache ist (in Prozent)

	Der EU-Beitritt ist. . .	
	eine gute Sache	weder gut noch schlecht
Estland	38	37
Lettland	46	31
Litauen	55	29
Malta	55	22
Polen	52	28
Slowakei	58	31
Slowenien	50	37
Tschechische Republik	44	34
Ungarn	56	24
Zypern	59	26

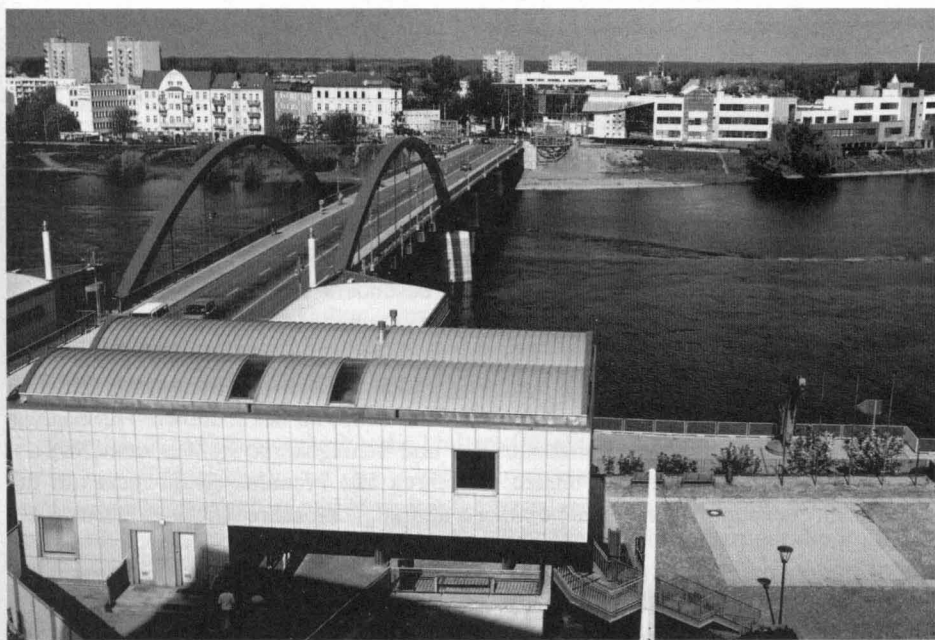
Candidate Countries Eurobarometer Autumn 2003.4 The Gallup Organization Hungary, S. 18

Zustimmung zum EU-Beitritt nach Referendums- bzw. Umfrageergebnissen in den Kandidatenländern





Eisenbahnbrücke über die Oder, von Frankfurt über Stubice nach Rzepin



Blick auf die Stadtbrücke zwischen Frankfurt und Stubice

Ragnar Knittel (1961), Photograph, Berlin. Schwerpunkte Mittel- und Osteuropa, Architektur, Stadtraum, Panorama-Fotografie, Veröffentlichungen u.a. in *Literaturen*.

Knittels Wanderausstellung *E 30: 52°18' n.Br. 14°34' ö.L.* hatte ihre erste Station an der Viadrina-Universität in Frankfurt/Oder im Rahmen der Veranstaltung *Checkpoint Europa: Frankfurter Tor*.